
Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980

Fax +43 (0)1 4000 7135

post@staedtebund.gv.at

www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:

483/886/2012

bearbeitet von:

Mag.a Weinke /Mag.a Aksakalli DW 89975

elektronisch erreichbar:

ulla.weinke@staedtebund.gv.at

Bundesministerium
für Wirtschaft, Familie und Jugend
zu BMWFJ-530102/0001-II/8/2012

per E-Mail: POST@II8.bmwfj.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 28. August 2012

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Familienlastenausgleichsgesetz 1967
geändert wird
Begutachtungsverfahren
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum vorliegenden Gesetzesentwurf, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, nimmt der Österreichische Städtebund wie folgt Stellung:

Der Österreichische Städtebund begrüßt grundsätzlich die Einführung von Fahrausweisen, die SchülerInnen und Lehrlingen im gesamten jeweiligen Verbundbereich eine uneingeschränkte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht.

Wie diese Mehrkosten jedoch konkret zu finanzieren sind, ist dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht zu entnehmen, weshalb es wünschenswert wäre, dazu nähere Informationen zu erhalten.

Es ist zu befürchten, dass zusätzliche Kosten auf Besteller von öffentlichen Verkehr abgewälzt werden (etwa durch die Kürzung von Förderungen oder dergleichen).

Der Österreichische Städtebund ersucht daher, die genannten Bedenken zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



OSR Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär